

Parlamentarischer Vorstoss

2023/440

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Stärkung der politischen Bildung an den Schulen
Urheber/in:	Christina Wicker
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	31. August 2023
Dringlichkeit:	—

Dieser Vorstoss zielt auf die Verbesserung der politischen Bildung an den Schulen der Sek I und Sek II ab. Aktuell ist im Lehrplan 21 die politische Bildung unter dem Fachbereich „Räume, Zeiten, Gesellschaften“ (RZG 8 Demokratie und Menschenrechte verstehen) angesiedelt. Ein eigenes Fach mit politischer Bildung fehlt. Im Hinblick auf die steigende Demokratiemüdigkeit, die sich mit einer tiefen Stimmbeteiligung an der Urne manifestiert, sollte die politische Bildung an den Schulen gestärkt werden. Jugendliche sollten frühzeitig in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden, um ihr Interesse an der Demokratie zu wecken und ihre politische Teilhabe zu fördern.

Neben dem klassischen Unterricht kann die politische Bildung auch über Projektwochen, Projekt-tage und projektorientiertes Arbeiten gestärkt werden. Dafür eignen sich Podiumsdiskussionen, Politikwochen oder der Besuch eines Parlaments. Hierbei sollte beachtet werden, dass die Ausgestaltung den Bedürfnissen der SchülerInnen entspricht.

Die Stärkung der politischen Teilhabe soll altersgerecht und politisch ausgewogen erfolgen. Zur Veranschaulichung von Politik können auch Externe beigezogen werden.

**Im Kanton Basel-Landschaft wurde das Thema bereits einmal aufgegriffen. 2013 reichte Martin Rüegg ein Postulat unter dem Titel „Einführung in ‚Staatskunde und Politik‘ an den Schulen der Sekundarstufe II ein. Im Februar 2015 folgte die Stellungnahme des Regierungsrates, welcher in diesem Fall Handlungsbedarf anerkannt hat – allerdings nur in Bezug auf die politische Bildung an Gymnasien (für berufliche Grundausbildung und die Berufsmaturität wird auf die verbindlichen Rahmenlehrpläne des Bundes verwiesen). Als Konsequenz wurde die Schulleitungskonferenz der Gymnasien beauftragt, „die politische Bildung an den Gymnasien zu fördern und dem Bildungsrat die Umsetzung im ersten Quartal 2016 zu präsentieren. Allerdings sollen die Massnahmen zur Förderung im Rahmen des bestehenden Lehrplans erfolgen, von einer Aufnahme eines eigenständigen Fachs für politische Bildung und der damit einhergehenden Anpassung der Stundentafel wurde abgesehen.*

**Auszug aus einem Expertenbericht im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation vom November 2021 zum Thema „Politische Bildung der Schweiz“.*

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, die praktische politische Bildung insbesondere in den Sekundarstufen I und II zu stärken? Welche Altersstufen wären ideal dafür?
2. Ist der Regierungsrat bereit, sich für eine Stärkung der politischen Bildung und Stärkung der Schülerpartizipation (z.B. Schülerparlament und Klassenrat) im Rahmen der überfachlichen Kompetenzen an den Schulen einzusetzen?
3. Welches sind sein Handlungsspielraum und seine Einflussmöglichkeiten?
4. Wie werden diese Anliegen in anderen Kantonen umgesetzt? Gibt es Beispiele aus der Praxis und wie werden diese bezüglich Verbindlichkeit umgesetzt?